Nr. 82. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 18. Februar 1890.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Rede

des Herrn Oberregierungsrathes und Eisenbahndirektors Reitzenstein, des Reichstags-Kandidaten der hiesigen Nationalliberalen und Konservativen, in der Wähler-Versammlung vom 17. Februar in der Grünhof-Brauerei (Bock).

Meine Herren! Ich kann es nicht unterlassen, wie Ihr Herr Vorsitzender, meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß es noch in Stettin möglich gewesen ist, eine Einigung mit den Konservativen zu erzielen. Ein Theil der Herren schließt sich von dieser Einigung aus, ich bedauere dies tief, aber ich kann meinen Standpunkt nicht ändern, den ich bereits in meiner ersten Rede von dieser Stelle auseinander gestellt habe. Ich will sofort auf den einen Punkt eingehen, der uns trennt, das ist die Gleichberechtigung der Bekenntnisse — in dieser Beziehung stehe ich auf dem Standpunkte der preußischen Verfassung, welche jedem Bürger, gleichviel welchen Glaubens die gleichen bürgerlichen Rechte gewährt (Sehr richtig!), und dieser Grundsatz entspricht auch dem Wesen des modernen Staates, deshalb werde auch ich an demselben festhalten. (Lebhafter Beifall.)

Mein Programm habe ich Ihnen bereits in meiner ersten Rede ausführlich erläutert, ich habe an demselben nichts mehr zu ändern (Bravo!) und will nur auf einige Punkte noch näher eingehen und sodann mich gegen die Angriffe wehren, welche meine erste Rede bei den Deutschfreisinnigen erfahren hat. Die Hauptaufgabe des neuen Reichstages wird auf dem Gebiete der Sozial-Politik liegen und in erster Linie die Arbeiterfrage betreffen. Ich habe schon meine Stellung zu den Bestimmungen des Entwurfs zu dem Sozialistengesetz auseinandergesetzt und betont, daß ich die polizeiliche Ausweisungsbefugniß nicht für annehmbar halte und wenn auch das Gesetz gerade an der Ablehnung dieser Befugniß gescheitert ist, so halte ich an meiner Ansicht doch fest. (Sehr richtig!) Weiter habe ich meinen Standpunkt schon dargelegt betreffend die Maßnahmen der positiven Ordnung der Arbeiterverhältnisse, über die Arbeiterschutzgesetzgebung u. s. w. Ich stimme denselben in vollem Umfange zu. Eine weitere wichtige Frage ist die, wenn möglich, eine Organisation zu schaffen, welche die Gewähr bietet, daß die Arbeiter und Arbeitgeber künftig in friedlicher und ruhiger Weise bei Differenzen in Lohnfragen verhandeln. Ich habe mich schon in meiner ersten Rede dafür ausgesprochen, inzwischen hat die Frage jedoch eine bedeutende Wendung durch die Erlasse des Kaisers erfahren. Mit der ihm eigenen Thatkraft hat Se. Majestät die Verhandlungen bereits durch Einberufung des Staatsraths eingeleitet.

Die Erlasse des Kaisers sind von allen Parteien mit großer Freude begrüßt und ich kann konstatiren, daß auch die deutschfreisinnige Partei darin mit eingestimmt hat, aber dieselbe hat in ihren Preßorganen es so dargestellt, als wenn ihre bisherige Führung zu den Erlassen mit beigetragen habe, dies steht aber schlecht mit der Vergangenheit im Einklang. (Sehr richtig!) Ich will nicht bezweifeln, daß die Deutschfreisinnigen auch ein Herz für die Arbeiter haben, aber die Wege, welche seitens der Nationalliberalen und Konservativen bisher eingeschlagen sind, um den Arbeitern zu helfen, sind von den Deutschfreisinnigen stets verworfen werden. Dieselben haben gegen das Krankenkassengesetz, gegen das Unfallgesetz und gegen das Alters- und Invaliden-Gesetz gestimmt und bei solchen Abstimmungen ist doch kein Interesse für die Arbeiter zu merken. (Sehr wahr!) Die Nationalliberalen sind stets thätig gewesen, wenn es galt die Verhältnisse der Arbeiter zu bessern, und gerade hervorragende Mitglieder der nationalliberalen Partei sind es gewesen, welche dahin wirkten, ruhige Verhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern anzustreben. Der nationalliberale Abgeordnete Oechelhäuser in Dessau hat seit Jahren in Wort und Schrift, mit Rath und That dahin gewirkt und der Hauptführer der Nationalliberalen, Herr Miquel, hat stets auf sozialpolitischem Gebiete eine hervorragende Rolle gespielt und ist deshalb auch von Sr. Majestät den Kaiser gewürdigt worden, im Staatsrath in diesen Fragen das Referat zu übernehmen. In Arbeiterfragen würde die nationalliberale Partei stets die Wege des Kaisers mitgehen und ich mit ihr. (Lebhaftes Bravo!) Ob die Ziele des Kaisers in vollem Umfange werden erfüllt werden können und ob denselben die volle Anerkennung zu Theil werden wird, kann man heute noch nicht wissen, aber als kürzlich von einem Abgeordneten Sr. Majestät gegenüber die Frage aufgeworfen ist, ob der Kaiser auf Dank hoffe, hat derselbe geantwortet: „ob er Dank oder Undankernte, er werde nicht müde werden, zum Wohle der Arbeiter fortzuarbeiten. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß seine Bemühungen dazu führen werden, die Arbeiter mit der Stellung zu versöhnen, welche ihnen in der Gesellschaft gegeben sei. (Bravo!) Dies sind herrliche Worte, denen ein Jeder seine Zustimmung nicht versagen kann. (Lebhafter Beifall.)

Was die Handwerkerfrage betrifft, so bin ich ganz und voll der Ansicht, daß Maßnahmen zur Stärkung und Kräftigung des Handwerks nöthig sind, ich habe dies in meiner ersten Rede hervorgehoben und betone es heute nochmals ausdrücklich. Zunächst muß für eine gute Ausbildung im Handwerk gesorgt werden, deshalb bin ich für eine bestimmte Lehrzeit, bei deren Beendigung der Lehrling eine Prüfung ablegen muß. Ich bin für Errichtung von Handwerker- und Fortbildungsschulen und ich bin für Einführungen von Bestimmungen, daß ein Handwerk nur von solchen betrieben werden darf, die es gelernt haben. Entschieden würde ich auch einen Befähigungsnachweis bei den Gewerken verlangen, bei denen bei mangelhafter Ausführung Gefahren für Leben und Gesundheit der Mitbürger in Frage kommt (Bravo!), bei diesen Gewerken werde ich eine bestimmte Gesellenzeit und eine staatliche Prüfung verlangen. (Beifall.) Es sind dies namentlich die Gewerbe der Bandagisten, Brunnenmacher, Dachdecker, Maurer, Schornsteinfeger, Stuckateure, Steinmetze und Zimmerleute. Im Uebrigen müsse man vorsichtig vorgehen und erst prüfen, ob sich bei diesen Gewerken der Prüfungszwang bewährt, ehe er auch auf andere Gewerke ausgedehnt werde.

Für die Frage der Ausbildung der Lehrlinge ist die Errichtung von Handwerkerschulen von größter Bedeutung, es frägt sich nur, wer dieselben errichten solle, die Innungen, die Kommunen oder der Staat. Mit Rücksicht darauf, daß solche Schulen große Kosten verursachen, würde ich die Lasten derselben den Innungen nie allein aufbürden, vielmehr müßten die Kommunen oder der Staat die Errichtung übernehmen. (Beifall.)

Bei der Frage des Handwerkes will ich auch die Gefängnißarbeit erwähnen, ich glaube, daß von den Klagen, welche seitens der Handwerker dagegen erhoben werden, sehr Vieles gerechtfertigt ist (Sehr wahr!). Besonders die Klage, daß dem freien Handwerker durch diese Arbeit eine Konkurrenz erwachse, welche oft unüberwindbar ist Auch hier ist eine Abänderung dringend erforderlich; allerdings läßt sich die Gefängnißarbeit nicht ganz aus der Welt schaffen, aber dieselbe kann doch in der Weise beschränkt werden, daß sie sich nur auf Herstellung der Waaren erstrecke, welche für den Staat, die Armee u. s. w. gebraucht werden. (Beifall.) Meine Herren! Ich weiß sehr wohl, daß die Ansichten, welche ich hier über die Handwerkerfrage ausgesprochen, innerhalb der nationalliberalen Partei bisher nicht getheilt werden, aber sollte mir die Ehre einer Wahl zu Theil werden, so würde ich in der Partei für diese Ansichten eintreten. Was ich hier versprochen, werde ich stets halten, und auch dafür eintreten, selbst wenn die Partei anderer Ansicht sein sollte. (Lebhafter Beifall.)

Daß ich für Erhaltung der Wehrkraft des Reiches bin, brauche ich kaum noch einmal besonders zu betonen, der neue Reichstag, dessen Wahl auf fünf Jahre erfolgt, wird sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen haben, da mit dem 31. März 1894 die sieben Jahre des 1887 bewilligten Septennats ablaufen. Daß wir dann dieselben Kämpfe zu bestehen haben wie 1887 glaube ich nicht, denn die Oppositionsparteien werden durch die Erfahrung des Jahres 1887, gelernt haben. Damals wurde den Nationalliberalen und Konservativen vorgeworfen, daß sie eine nicht vorhandene Kriegsgefahr bei dem Wahlkampf ins Treffen geführt hätten, inzwischen ist aber vollständig klargestellt, daß diese Kriegsgefahr thatsächlich vorhanden war. (Sehr richtig!) Boulanger, der damalige Kriegsminister Frankreichs, hatte zweimal den Antrag auf Erklärung des Krieges gestellt und nur mit ganz geringer Majorität wurden seine Anträge abgelehnt. Da muß doch Jeder sagen, es war richtig, daß die Regierung Werth darauf legte, wenn möglich, eine vollständige und möglichst einmüthige Einstimmung des Reichstages in der Wehrfrage zu erhalten (Sehr richtig) und die Erfolge haben gelehrt, daß die Regierung Recht hatte. Grade die großartige Kundgebung, der Sturm der Begeisterung im Volke bei Bewilligung des Septennats haben dazu beigetragen, im Auslande die Meinung mit einem Schlage zu beseitigen, daß damals ein Zwiespalt zwischen Regierung und Volk bestanden habe. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Fragen der Handels- und Kolonialpolitik habe ich meine Ansichten in meiner ersten Rede ausführlich entwickelt. Meine Herren! Sie kennen meine Stellung in dieser Beziehung. Eine große Aufgabe hat aber außerdem der neue Reichstag zu erfüllen — die Vollendung der deutschen Rechtseinheit, die Schaffung eines einheitlichen bürgerlichen Gesetzbuches für ganz Deutschland. Der Entwurf zu einem bürgerlichen Gesetzbuche ist bereits ausgearbeitet und die Gelegenheit zur Kritik an demselben ist recht reichlich benutzt worden. Alle Parteien haben sicher den Wunsch, die deutsche Rechtseinheit möge vollendet werden, aber wie stellen sich die einzelnen Parteien zu derselben? Es ist selbstverständlich, daß nicht alle jetzt in den einzelnen Landestheilen bestehenden Eigenthümlichkeiten in dem allgemeinen Gesetzbuch berücksichtigt werden können. Die nationalliberale Partei hat alle an sie herantretenden Fragen stets geprüft und im Einzelnen Konzessionen gemacht (Sehr richtig!) und mit Hülfe der Nationalliberalen und der Konservativen hat bereits im Jahre 1876 das Reich eine ganze Reihe von Gesetzen erhalten. Gegen alle diese Gesetze hat schließlich die deutschfreisinnige Partei gestimmt, weil nicht alle ihre Forderungen darin verwirklicht waren. Ich glaube bestimmt, daß auch die deutschfreisinnige Partei den Wunsch nach einer einheitlichen Gesetzgebung hat, aber in Bezug der Wege zu diesem Ziele geht sie mit den anderen Parteien auseinander und niemals ist sie gesonnen, Konzessionen zu machen, sondern sie hält stets den von ihr eingeschlagenen Weg für den besten, und wenn ihr auf demselben nicht gefolgt wird, oder wenn nicht alle ihre Forderungen erfüllt sind, dann stimmt sie, wie die Erfahrung gelehrt hat, lieber gegen die ganzen in Frage kommenden Gesetze. Ich will hoffen, daß in Bezug auf das bürgerliche Gesetzbuch die deutschfreisinnige Partei nicht wieder auf diesem Standpunkte beharren wird, sondern sich geneigt zeigen wird, die Rechtseinheit auch praktisch zu Wege zu bringen — die Nationalliberalen sind dazu bereit. (Lebhafter Beifall.)

Ich wende mich nun zu den Angriffen gegen mich. Da ist zunächst ein Flugblatt der deutschfreisinnigen Partei im Verlage des Herrn Tietz erschienen. Ich glaube, Sie werden mit mir einverstanden sein, wenn ich auf das Niveau desselben nicht herabsteige! (Sehr gut! Bravo!) Ich werde mich daher nur mit den Angriffen beschäftigen, welche der Reichstags-Abgeordnete Herr Brömel gegen mich gerichtet hat. Ich hatte betont, daß die Finanzlage Deutschlands und besonders Preußens eine gute und die Steuerlast im Vergleiche zu anderen Ländern eine verhältnißmäßig günstige sei, daß auch die Ausgaben für die Wehrkraft des Reiches verhältnißmäßig nur gering seien. Ich hatte gesagt, daß trotzdem die Steuerlast für Viele schon drückend und daß daher Sparsamkeit dringend geboten, daß aber bei dieser günstigen Finanzlage auch pessimistische Anschauungen nicht gerechtfertigt und auch bei der beabsichtigten Erhöhung der Beamtengehälter keine neuen Steuern weiter in Aussicht ständen. Ich habe die Genugthuung, daß Herr Brömel die von mir angeführten Zahlen nicht in Zweifel gezogen hat! Er konnte es auch nicht, denn sie waren absolut richtig. (Bravo!) Herr Brömel hilft sich daher so, daß er meint, ich hätte Dinge verglichen, die sich nicht vergleichen ließen. Aber, meine Herren, wenn Herr Brömel damit meint, Frankreich sei in die so großen Schulden nur durch den Gloireschwindel gekommen, und daraus die Lehre ziehen will, auch wir Deutsche sollten uns vor dem Gloireschwindel hüten, so antworte ich darauf, daß wir Deutsche unsere letzten Kriege nicht um die Gloire, sondern um unsere Existenz gekämpft haben. (Sehr richtig! Bravo!) Auch hat Deutschland in den 20 Jahren, die seitdem verflossen, nicht die Gloire, sondern den Frieden gesucht und ihn auch erhalten. (Bravo!) Wir wissen uns wohl alle eins mit diesen Bestrebungen unseres Kaisers und seiner Regierung, uns den Frieden zu erhalten, und uns vor dem Gloireschwindel zu warnen, hätte Herr Brömel wirklich nicht nöthig gehabt! (Lebhafter Beifall. Sehr richtig!)

Herr Brömel beschwert sich in seiner Rede auch genau genommen nur über ein zu schnelles Zunehmen der Schulden und die nach ihm nicht richtige Vertheilung der Steuerlast. Ich darf daraus wohl das Zugeständniß ableiten, daß Herrn Brömel die absolute Höhe der Schulden nicht zu hoch vorkommt. (Hört!) Und was nun die schnelle Steigerung der Steuern und der Schuldenlast anbelangt, so sind die laufenden Ausgaben des Reichs, abzüglich der Ausgaben für Eisenbahnen, Post und Telegraphen doch weit überwiegend, solche für Erhaltung der Wehrkraft, und von den nahezu 1½ Milliarden Schulden sind über 2 Dritttheile ebenfalls für Heer und Marine gemacht. Auch die freisinnige Partei hat diese unvermeidlichen Ausgaben, für das Heer und die Flotte, für die Erhaltung unserer Wehrkraft und damit auch des Friedens fast ausnahmslos zugestimmt. Ferner sind 159 Millionen für die Eisenbahnen in Elsaß Lothringen, sowie Post und Telegraphie ausgegeben, also doch für Gegenstände, welche auch wieder etwas einbringen; 106 Millionen für den Nord-Ostseekanal — und ich habe hier wohl kaum nöthig, die Berechtigung gerade dieser Ausgabe nachzuweisen (Heiterkeit!) — 115 Millionen für die Münzreform, die Reichsdruckerei u. s. w., darunter auch eine größere Summe für die Zollanschlüsse Hamburgs und Bremens. Was Hamburg anlangt, so hat die Fortschrittspartei allerdings gegen die 40 Millionen gestimmt, welche dafür verlangt waren; wenn aber jetzt der Abgeordnete Brömel ähnliche Freihafen-Einrichtungen auch für Stettin verlangt, so müssen diese 40 Millionen doch in einer für den Handel sehr nützlichen Weise angelegt gewesen sein. (Sehr gut!) Ich verspreche denn auch im Falle meiner Wahl dafür eintreten zu wollen, daß Stettin ebenfalls diese von der Vorgängerin der freisinnigen Partei bekämpften und für gänzlich unnütz gehaltenen Anlagen in ähnlicher Weise erhalte. (Bravo!) Wie schon bemerkt, die Ausgaben für die nothwendige Erhaltung unserer Wehrkraft hat die freisinnige Partei, wie Herr Brömel selbst rühmend hervorhebt, auch mitbewilligt. (Hört!) Wie kann sich daher die Partei und auch Herr Brömel beklagen, daß für diese von ihnen bewilligten Ausgaben auch eine Deckung geschaffen werden muß! (Sehr richtig!)

Wenn dem Verlangen der freisinnigen Partei entsprechend die hauptsächlichsten Zölle aufgehoben und die Branntwein- und Zuckersteuer auf den früheren Betrag ermäßigt würden, so ergäbe das für das Reich einen Einnahmeausfall von 300 Millionen. Die laufenden Ausgaben des Reichs könnten nicht viel verändert werden, alles eingerechnet wogegen die freisinnige Partei gestimmt hat, höchstens um 5 Millionen. Die von dieser Partei an Stelle der Zölle und indirekten Abgaben vorgeschlagene Reichseinkommensteuer würde nach Schätzung Sachkundiger schwerlich viel mehr als 20 Millionen bringen, so daß also noch 275 Millionen fehlen würden. Anstatt daß die Einzelstaaten jetzt vom Reich 220 Millionen überwiesen erhalten, welche sie zu Reformen und Erleichterungen in ihrem Haushalt verwenden, müßte sie also dann 55 Millionen an das Reich zahlen.

Das bedeutet zu Preußen, daß eine Reihe von Maßregeln rückgängig gemacht werden müssen, welche jetzt zur allgemeinen Zufriedenheit und zum Heile Aller bestehen. Die zwei untersten Stufen der Klassensteuer sind jetzt erlassen, — d. h. 77 bis 78 Prozent der Bevölkerung zahlen jetzt überhaupt keine Klassen-Steuern mehr, das müßte wieder aufgehoben werden. (Hört!) Den übrigen Klassen sind 3 Monate erlassen, auch das müßte wieder fortfallen! Ebenso müßten die 26 Millionen, welche Preußen aus den Zöllen jetzt an die Kommunen zahlt, wieder fortfallen, ebenso würde die als Ersatz dafür in der Thronrede angekündigte Ueberweisung eines theils der Grund- und Gebäudesteuern an die Kommunen nicht möglich sein! Ebenso müßten die staatlichen Zuschüsse zu den Schullasten, welche die Aufhebung des Schulgelds in den Volksschulen ermöglicht haben, wieder rückgängig gemacht werden, auch die Zuschüsse zur Besoldung der Lehrer und Geistlichen könnten nicht gegeben werden, ebenso könnte dann auch die Gehaltserhöhung der Beamten nicht zur Ausführung kommen. (Hört! Hört!) Es müßten vielmehr die Steuern in Preußen nicht unbedeutend erhöht werden, um die Mehrzahlung an das Reich aufzubringen, welche auf Preußens Antheil 33 Millionen ausmachen würde.

Sind denn diese indirekten Steuern, die Herr Brömel tadelt, aber wirklich so hoch? Die Zölle und indirekten Steuern machen im deutschen Reich nur etwas über 11 Mark per Kopf, in dem von Herrn Brömel so gepriesenen Musterengland (Heiterkeit!) aber 31 Mark 80 Pf. (Hört! hört!), in Frankreich per Kopf 45 Mark. (Hört! hört!) Da kann man denn doch wirklich nicht sagen, die Belastung mit indirekten Steuern sei in Deutschland stärker. (Sehr richtig!)

Was die Frage der Erhöhung der Beamtengehälter betrifft, so sagt Herr Brömel, beim Schlusse des Reichstages sei zwar dieser mit der Regierung dahin einig gewesen, daß Erhöhung der Gehälter der Reichsbeamten nöthig sei, aber es werde wohl nicht so schnell gehen. In Wirklichkeit stand am 30. Januar, dem Tage seiner Rede, schon fest, daß in dem am 1. April beginnenden neuen Etatsjahr eine allgemeine Besoldungs-Erhöhung der mittleren und unteren Reichsbeamten erfolgen wird. Das Gleiche war auch für die preußischen Beamten vom Kaiser in der Thronrede, mit welcher am 15. Januar der preußische Landtag eröffnet wurde, angekündigt, und am 16. Januar hatte der preußische Finanzminister bei Vorlegung des Etats erklärt, daß ein Nachtragsetat nachfolgen werde, welcher die allgemeine Besoldungserhöhung der mittleren und unteren Beamten in Preußen enthalte. Trotzdem spricht Herr Brömel am 30. Januar hinsichtlich der Gehaltserhöhungen in Preußen nur von den 7½ Millionen, welche schon im Hauptetat für Beamte und Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung vorgesehen waren, und erwähnt die außerdem vom Kaiser versprochene, durch den Nachtragsetat zu bringende allgemeine Besoldungserhöhung nicht. Im Gegentheil, er klagt darüber, daß die Regierung so karg sei und außer jenen 7½ Millionen, die doch viel zu wenig seien, nichts thue! Wie kann man so etwas sagen, zumal Herr Brömel, der doch auch Landtags-Abgeordneter ist. (Hört! hört!) Ich will darüber kein Urtheil fällen, ich überlasse das Urtheil über Herrn Brömel Ihnen, meine Herren! (Lebhafter, stürmischer Beifall.) Ich bringe dies Verfahren des Herrn Brömel auch nicht in meinem Interesse hier zur Sprache, aber es ist ein öffentliches Interesse, daß solche Andeutungen, als sei eine Gehaltserhöhung noch gar nicht in Aussicht, widerlegt werden. (Stürmischer Beifall.)

Die Deutschfreisinnigen haben mir vorgeworfen, ich hätte gesagt, sie seien nicht national. Ich habe das nicht gesagt, ich nehme auch alle Herren, welche das erste Mal hier waren, zu Zeugen, daß ich ganz sachlich und ruhig gesprochen habe. (Sehr wahr!) Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß nicht auch die Deutschfreisinnigen ein Herz für Deutschlands Größe haben. Aber die deutschfreisinnige Partei hat es leider immer abgelehnt, die Wege zur Erreichung dieser Größe zu gehen. (Sehr gut!) In der Politik aber kommt es weniger auf das Herz, als auf das Resultat an. Es ist ja möglich, daß die freisinnige Partei glaubt, es gebe noch bessere Wege, um zum Ziel zu kommen, aber sie hat sich doch sehr oft geirrt! Ich erinnere nur an den Abrüstungs-Antrag im November 1869, wo sie allen Ernstes verlangte, Preußen möchte doch mit der Abrüstung vorangehen, die Situation sei so friedlich! Acht Monate später hatten wir den Krieg mit Frankreich! Oder glaubt die freisinnige Partei wirklich, daß wenn wir 1869 abgerüstet hätten, Frankreich uns aus Edelmuth den Krieg nicht erklärt hätte? (Große Heiterkeit.) Gewiß wollen auch wir die Vorlagen der Regierung genau prüfen, aber unsere Regierung und die Persönlichkeit unseres jungen Kaisers berechtigt uns zum Vertrauen, seine Wege zu gehen und ich spreche gewiß aus Ihrer aller Herzen, wenn ich sage: Wir folgen ihm gerne. (Stürmischer, langanhaltender und wiederholter Beifall.)

Deutschland.

Berlin, 18. Februar. Während das Plenum des **Staatsrathes** bei seiner Einberufung am 14. Februar im königl. Schlosse (Elisabethkammern) tagte, werden die auf den 26. Februar einberufenen Abtheilungen für Handel und Gewerbe, sowie für Inneres in den für die Ausschüsse des Bundesrathes bestimmten Räumen tagen. Die bezüglichen Zimmer und das Reichsamt des Innern bieten manche Vorzüge, da dort alles für solche Versammlungen und namentlich für die vom Staatsrath verfolgten Zwecke nöthige Material vorhanden ist. Man würde einen großen Theil der Bibliothek ebenso wie vieles andere Material nach dem Schlosse schaffen müssen, wenn die Berathungen einen glatten Verlauf nehmen sollen. Wie schon früher mitgetheilt, wird angenommen, daß Se. Majestät der Kaiser und König auch in den Abtheilungen, wenigstens zeitweise, den Vorsitz übernehmen wird.

— Der Wirkl. Geh. Ober-Justizrath Horstmann, vortragender Rath im Justizministerium, ist aus Anlaß seines 50jährigen Dienstjubiläums zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat „Excellenz" ernannt worden.

— Die Ernennung des bisherigen Ober-Präsidial-Rathes Hartmann in Hannover zum Präsidenten der Regierung in Aurich, an Stelle des nach Lüneburg versetzten Regierungs-Präsidenten v. Colmar-Meyenburg, wird heute im „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht.

— Dr. Zintgraff, welcher von seinem im Dezember 1888 angetretenen Zuge nach dem Adamaua-Gebiete vor zwei Monaten nach Kamerun glücklich zurückgekehrt ist, hat den Seinigen nähere Mittheilungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß er sich der besten Gesundheit erfreut. Er gedenkt, wie schon früher mitgetheilt, binnen kurzem nach Deutschland zurückzukehren; doch mit dem Plane, nach genügender Erholung auf das Feld seiner mehrjährigen Thätigkeit zurückzukehren. Wahrscheinlich wird er dem auswärtigen Amte, wie bei seinem früheren Aufenthalte hier, neue Vorschläge über ferner zu unternehmende Züge in jene Gegenden östlich vom Kamerungebirge machen.

— Vielleicht hängt es mit der **Durchführung der russischen Anlehensangelegenheit** zusammen, daß die **französischen Blätter** neuestens eifriger denn je für Rußland Partei nehmen und daß einige derselben, wie der „Figaro", sogar gegen die französische Regierung zu Felde ziehen, weil man immer von einem Bündnisse Frankreichs mit Rußland spreche, Frankreich aber angeblich keine Gelegenheit vorübergehen lasse, um Rußland zu verstimmen, wobei als Beispiel die Affäre Aschinow und weiter der Umstand angeführt wird, daß Frankreich in Afrika Italien gegen Rußland unterstütze, indem man letzterem dort das gewähre, was Rußland verweigert worden ist. Immerhin bleibt es bemerkenswerth, daß die Parteinahme der französischen Presse für Rußland gegenwärtig nicht nur eine überaus eifrige ist, sondern daß auch, was die Beurtheilung der bulgarischen Vorgänge betrifft, die französischen Blätter in voller Uebereinstimmung mit den russischen vorgehen und nicht nur jeden Verdacht der Theilnahme Rußlands an der bulgarischen Verschwörung von der Hand weisen, sondern die bulgarischen Zustände überhaupt im Sinne der russischen Tendenzen darzustellen suchen.

— S. M. Panzerschiff „Deutschland", Kommandant Kapitän zur See v. Beiche, und S. M. Panzerschiff „Friedrich der Große", Kommandant Kapitän zur See Graf v. Haugwitz, sind am 16. Februar d. J. in Syrakus angekommen und beabsichtigen am 23. Februar d. J. nach Port Agosta (Sizilien) wieder in See zu gehen.

S. M. Panzerschiff „Kaiser" (Flaggschiff des Uebungsgeschwaders), Kommandant Kapitän zur See Hoffmann, mit dem Geschwaderchef Kontre-Admiral Hollmann an Bord und S. M. Panzerschiff „Preußen", Kommandant Kapitän zur See Tirpitz, sind am 16. Februar d. J. in Port Agosta (Sizilien) angekommen und beabsichtigen am 23. Februar d. J. nach Syrakus wieder in See zu gehen.

S. M. Aviso „Wacht", Kommandant Korvetten-Kapitän Graf von Baudissin, ist am 17. Februar d. J. in Plymouth angekommen und beabsichtigt, am 20. Februar d. J. die Heimreise fortzusetzen.

Wilhelmshafen, 15. Februar. Auf der kaiserlichen Werft hierselbst ist man zur Zeit eifrig mit den Vorbereitungen für die Kiellegung des Panzers „D" — eines der vier großen neuen Panzerschiffe, deren Bau der Reichstag im Jahre 1888 bewilligt hat — beschäftigt. Die Kosten eines jeden dieser 4 Panzerriesen sind auf 9,300,000 Mark veranschlagt. Darauf wurden im vorigen Jahre 800,000 Mark, in diesem 3,100,000 Mark., zusammen also 3,000,000 Mark, d. h. mehr als 1/3 für jedes Schiff bisher bewilligt. Bevor man nunmehr an den Bau herangehen konnte, mußten an dem für einen solchen Riesen nicht eingetretenen Helling entsprechende Vergrößerungen vorgenommen werden. Die neuen Panzerschiffe erhalten zur Armirung der Thürme Geschützrohre und Lafetten von einer bisher in den Beständen der deutschen Marine noch nicht vertretenen Konstruktion schwersten Kalibers, das aller Wahrscheinlichkeit nach sich dem der bereits als Küstengeschütz vorkommenden 28 Zentimeter-Kanone L/35 sehr nähern wird. Diese schweren Geschütze, sowie die für die weitere Armirung erforderlichen leichten, gleichfalls ganz neu zu konstruirenden Geschütze sollen womöglich schon in diesem Jahre in Angriff genommen werden. Die schweren Geschütze haben bei nur 44 Tons Gewicht ein anfängliches Durchschlagsvermögen von 76,2 Zentimeter. Deutschland wird dadurch in der Leistungsfähigkeit der Schiffsgeschütze allen anderen Marinen — England nicht ausgeschlossen — überlegen werden. — Im Laufe dieses Jahres sind folgende Ablösungstransporte für die im Auslande stationirt befindlichen S. M. Schiffe in Aussicht genommen: Kreuzerfregatte „Leipzig", Kreuzer „Schwalbe", Kreuzerkorvette „Sophie", Kreuzer „Habicht", Kanonenboot „Hyäne", Fahrzeug „Nachtigal" und Hulk „Cyklop", volle Besatzung, Kreuzerkorvette „Carola" der Stab, Kanonenboot „Wolf" und Fahrzeug „Loreley" halbe Besatzung.

Rostock, 15. Februar. Nachdem Deutschland mit der Einrichtung **schwimmender Waarenausstellungen** auf Schiffen vorangegangen war, ist jetzt Spanien seinem Beispiele gefolgt. Auf dem Dampfer „Conde de Vilana" ist eine Sammlung spanischer Erzeugnisse ausgestellt, mit denen das Schiff eine Fahrt nach allen Haupthäfen **Südamerikas** macht. Kürzlich war das Fahrzeug in Buenos Ayres und erregte dort erhebliches Interesse. Viertausend Personen besuchten es an einem einzigen Tage. Die Ausstellung führte zu vermehrten Aufträgen für spanische Produkte und Manufakturen. Das britische „Nautical Magazine", welches diese Notiz mittheilt, knüpft an dieselbe die Frage: „Würde es nicht weise sein, wenn britische Kaufleute und Fabrikanten ebenfalls schwimmende Ausstellungen ins Werk setzten?"

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 16. Februar. Eine vom Klub der Jungczechen in Pardubitz auf den 2. März einberufene Versammlung, in welcher über die politische Lage berathen und ein Vortrag über die nationale Bedeutung von Johann Huß gehalten werden sollte, ist von der Behörde **verboten** worden.

Prag, 17. Februar. 400 czechische Studenten, darunter 250 aus Mähren, beschlossen gestern unter dem Vorsitz des czechischen Rektors Talirz eine Petition wegen Errichtung einer czechischen Universität in Mähren. In der Versammlung wurde die Aeußerung des Abgeordneten Meznik bekanntgegeben, daß die Regierung höchstens die Errichtung einer utraquistischen Universität in Brünn, niemals aber eine rein czechische Universität begünstigen werde.

Niederlande.

Haag, 17. Februar. In Folge des **günstigen Befindens des Königs** wird der **Geburtstag** Sr. Majestät in diesem Jahre im ganzen Lande besonders festlich gefeiert werden. Zahlreiche Vereine veranstalten Festlichkeiten. Aus dem hiesigen königlichen Schlosse ist das bei großen Hofdiners zur Verwendung gelangende Tafelsilber nach Schloß Loo gesandt worden, wo am 20. Februar ein **Galadiner** stattfindet, zu welchem die hiesigen Vertreter der auswärtigen Höfe, sämmtliche Minister, die Präsidenten beider Kammern, die Hofwürdenträger und Großoffiziere des königlichen Hauses, die Palastdamen u. s. w. geladen sind. Der König wird an dem Diner persönlich nicht theilnehmen, aber den Kammerpräsidenten, den Ministerpräsidenten und den Doyen des diplomatischen Korps, den belgischen Gesandten, Baron v. **Anethan**, zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche empfangen.

Belgien.

Brüssel, 17. Februar. Die einzelnen Kommissionen der **Afrika-Konferenz** haben in der abgelaufenen Woche eine sehr rege und anerkennenswerthe Thätigkeit entfaltet. Wie unsere Leser wissen, hat die französische Regierung gegen den englischen Entwurf des **Schiffsdurchsuchungsrechts** einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher den Konferenzmächten lediglich das Recht einräumt, verdächtige Schiffe anzuhalten und auf ihren Inhalt zu prüfen, aber nicht etwa am Weiterfahren zu verhindern und daselbst angetroffene Sklaven mit Beschlag zu belegen. Darauf hin haben nun die englischen Vertreter, Lord Vivian und Sir John Kirk, einen veränderten Entwurf ihrer Regierung vorgelegt, worin England eine Reihe von Zugeständnissen macht, aber das Schiffsdurchsuchungs- und Beschlagnahmsrecht grundsätzlich aufrecht hält. Die hauptsächlichsten Zugeständnisse des neuen englischen Entwurfes lauten: 1) Das Schiffsdurchsuchungsrecht kann nur in Rücksicht auf Segelschiffe mit einem Gehalt von unter 500 Tonnen ausgeübt werden. 2) Die Einrichtung der gemischten Gerichte (Tribunaux mixtes) wird fallen gelassen und an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit des Staates, unter dessen Flagge das Sklavenschiff betroffen wurde. Für diese beiden Zugeständnisse verlangt England jedoch die Verschärfung der von Frankreich vorgeschlagenen Strafbestimmung für den Fall der Anmaßung oder des Mißbrauchs einer Flagge. Nach einer Erklärung der französischen Vertreter Bouree und Humann dürfte sich Frankreich mit den Zugeständnissen zufrieden geben, so daß damit eine der schwierigsten Fragen der Konferenz entschieden wäre.

Rußland.

Petersburg, 15. Februar. Es war bisher häufig der Fall, daß die Funktionen russischer Konsuln von Ausländern ausgeübt wurden. Das Ministerium des Auswärtigen hat nun beschlossen, daß für die Folge nur Nationalrussen als Konsuln angestellt werden dürfen, da Ausländer angeblich die russischen Interessen nicht kräftig genug vertreten. Auch soll von nun an für die Konsuln ein weit höherer Bildungsgrad als bisher verlangt werden. Vorzugsweise will man dazu ehemalige Marine-Offiziere anstellen, welche Reisen um die Erde gemacht und vor einer besonderen Kommission beim Ministerium des Auswärtigen eine Prüfung bestanden haben.

Im Laufe dieses Jahres wird hier ein großer internationaler Post-Kongreß zusammenberufen werden, an welchem 40 zum Weltpostverein gehörende Staaten theilnehmen werden; auch an die Staaten, welche bisher noch nicht dem Weltpostverein beigetreten sind, wird die Einladung ergehen, sich durch Delegirte vertreten zu lassen.

Englische Kapitalisten haben sich um den Abbau der Graphitgruben im Turuchanschen Gebiet beworben. Auch sollen Unterhandlungen wegen der Exploitation der Goldlager, die vor mehreren Jahren an verschiedenen Orten des jenisseiskischen Bezirks entdeckt wurden, im Gange sein.

Nach der „Libauer Ztg." hat das Marine-Ministerium beschlossen, in Libau eine Flottenstation anzulegen. Die genannte Zeitung bemerkt dazu: „Der neue Hafen soll 4 Werst nordöstlich von Libau, also in der Gegend von Treuliebshof, angelegt werden. Der auf 5 Jahre zu vertheilende Kredit für den Hafen beträgt 13 Millionen Rubel. Daraus ist zu ersehen, daß es sich nur um die Anlegung einer befestigten Flottenstation, nicht um die eines förmlichen Kriegshafens handelt. Das ursprüngliche Kriegshafenprojekt forderte wenigstens einen Kredit von 60 Millionen Rubel."

Asien.

China. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian" erfährt von einem verläßlichen Gewährsmann, daß der chinesische Vizekönig Li Hung Chang daran denkt, **Silbermünzen im ganzen Reiche einzuführen**. Jetzt wandert Silber in China von einer Hand zur anderen nach dem Gewicht und der Feinheit. Der Reisende nimmt einen Silberklumpen — sogenannte Schuhe — und will er einen Theil des Geldes ausgeben, so wird ein Stück des Klumpens mit Hammer und Meißel abgehauen und beim Geldwechsler gegen Kupfermünzen eingetauscht. Der frühere Vizekönig von Kanton, Chang, machte schon den Versuch, Silberdollars und Scheidemünzen in China zu prägen und eine ausgezeichnete Münze wurde zu diesem Zwecke gegründet. Aber von einer Währung hatte er keine Ahnung und seine Münzen galten kaum in zwei Provinzen. Li will, daß die Silbermünzen im ganzen Reiche gesetzliche Geltung haben sollen. Er soll den Premierminister und Vater des Kaisers, den Prinzen Chun, für seinen Plan gewonnen haben. Li will auch das Recht, Noten auszugeben, welches jetzt jede Bank besitzt, der Zentralregierung reservirt wissen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 18. Februar. Die Sozialdemokraten erlassen eine Inserte, wonach die Nationalliberalen das **Versprechen gebrochen** hätten, zu den Stimmzetteln aller Parteien ein und dasselbe Papier benutzen zu wollen. Das ist einfach **unwahr!** Die **offiziellen Stimmzettel** der **nationalliberalen** Partei, wie sie an den Wahllokalen vertheilt werden, sind in diesem Augenblicke **überhaupt noch nicht einmal gedruckt**, und die Herren Sozialdemokraten thäten wirklich besser, die am Wahltage vor allen Lokalen auszugebenden Stimmzettel abzuwarten, ehe sie von gebrochenem Versprechen reden. Wenn Private sich ein anderes Papier für eine gewisse Anzahl Stimmzettel aussuchen, die sie in bestimmten Kreisen vorher vertheilen, so muß jeder Buchdrucker dieselben ebenso liefern wie sie bestellt werden. Er kann dagegen ebenso wenig etwas machen, wie die Herren Sozialdemokraten.

Im Uebrigen möchten wir nur darauf noch hinweisen, daß das auf Veranlassung der Sozialdemokraten von allen Parteien adoptirte Papier für den Zweck einer geheimen Wahl so unpraktisch als möglich, da es so dünn ist, daß die Namen der Wahlkandidaten doch recht bedenklich durchscheinen.

— Das Organ der hiesigen Freisinnigen hat sich geweigert, die Inserte betreffs der Vertrauensmänner-Versammlung der konservativen und nationalliberalen Partei in das heutige Abendblatt aufzunehmen. Es sei dafür kein Platz.

— (**Personal-Veränderungen** im Bezirk der königlichen Provinzial-Steuerdirektion zu Stettin.) Ernannt sind: die Ober-Steuer-Kontrolleure Gramcko in Demmin, Fronhöfer, Barsknecht, Biehl, Kehrl und Peine in Stettin zu Steuer-Inspektoren. — Versetzt ist der Grenz-Aufseher Stern zu Berg-Dievenow in gleicher Eigenschaft nach Swinemünde. — Gestorben ist der Grenz-Aufseher Schmidt zu Swinemünde. — Neu angestellt ist der Militär-Anwärter Lehmann als Grenz-Aufseher in Berg-Dievenow.

* Die Strafkammer I. des hiesigen Landgerichts hatte sich in ihrer heutigen Sitzung mit dem bereits zwölfmal, darunter mit Zuchthaus vorbestraften Arbeiter **Wilhelm Packhoff** aus Züllchow zu beschäftigen, weil derselbe unter Anklage des schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle stand. P. ist erst im Juli verflossenen Jahres aus dem Zuchthause entlassen worden. Es war am Abend des 19. Dezember 1889, als der Angeklagte sich in dem Restaurant in der Blechbude am Bahnhof aufhielt. Kurze Zeit darauf erschien ein Fremder, ein Tischlergeselle aus Prenzlau, zu dem sich der Angeklagte sogleich gesellte. Der Tischler erzählte P., daß er auf der Wanderschaft sei und die Absicht habe, hier zu übernachten. Der Angeklagte rieth ihn jedoch hiervon ab und empfahl sich dem Fremden als Begleiter, um ihn in ein besseres Lokal zu führen. Der Tischler ging darauf ein und geleitete P. den so schon erschöpften Tischler das ganze Bollwerk entlang und schließlich in die Anlagen in die Nähe des reformirten Kirchhofs. Hier nöthigte P. denselben, damit er sich ausruhe, sich auf eine Bank niederzulassen und reichte ihm zur „Stärkung" Schnaps. Der Fremde schlief sogleich ein und der Angeklagte hatte seinen Zweck erreicht. Jetzt wurde dem Fremden seine silberne Uhr nebst Portemonnaie mit 8 Mark Inhalt, sowie sein goldener Trauring gestohlen. Als der Fremde erwachte, war der freche Gauner verschwunden. Der Angeklagte wurde für schuldig befunden und in Anbetracht seiner erheblichen Vorstrafen zu 3 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurtheilt.

Aus den Provinzen.

Treptow a. R., 13. Februar. Heute wurde dem Amtsvorsteher Herrn Schüller ein Mensch vorgeführt, welcher weder sprechen, hören noch schreiben konnte. Derselbe besaß keinerlei Legitimationspapiere oder sonstige Unterlage, welche ermöglichten, seine Person festzustellen. Der Taubstumme ist ein junger, etwa 18 Jahre alter Mensch, seinem Gesichtsschnitt nach muß er Pole sein. Er ist mit einem Schafpelz und langen Stiefeln bekleidet. Ob der Mensch wirklich taubstumm ist oder sich nur so stellt, konnte nicht festgestellt werden. Derselbe wurde wegen Landstreichens an das Amtsgericht abgeliefert.

† **Demmin**, 16. Februar. Der Rathsherr Schmidt ist von dem Magistrat und den Stadtverordneten vorgestern in einer gemeinschaftlichen Sitzung zum Kreistags-Abgeordneten gewählt worden.

× **Greifswald**, 17. Februar. Herr Rittmeister a. D. von Bülow-Thalberg in Stremlow bei Tribsees erläßt ein Rundschreiben wegen Erbauung einer Eisenbahn Greifswald—Grimmen—Tribsees—Sülze, in welchem er nachzuweisen sucht, daß diese Eisenbahn dringend erwünscht und für den ganzen hiesigen Landestheil eine Lebensfrage ist. Das Rundschreiben hat bereits hier und im Kreise zahlreiche Unterschriften gefunden.

= **Stralsund**, 16. Februar. Bei der gestern abgehaltenen Stichwahl zur Ergänzung des Bürgerschaftlichen Kollegiums wurde Herr Möbelfabrikant Becher gewählt. — An Stelle des verstorbenen Hafenmeisters Mohr ist der Schiffskapitän A. Koch hierselbst vom Rath zum städtischen Hafenmeister ernannt.

Wittow, 15. Februar. Die Eisverhältnisse auf den rügenschen Gewässern haben sich in den letzten drei Tagen für die Schifffahrt wieder ungünstig gestaltet. Bereits vorgestern hatten hiesige Fahrzeuge Mühe, beim Gellerhaken durch das Eis hindurchzukommen. Das von Stralsund hier gestern Nachmittag erwartete Tourfahrzeug des Schiffers Rodebarth hat wegen Eises seine Güter in Stralsund wieder löschen und demnächst das Fahrzeug dort in Winterlage legen müssen. Der Breeger wie der Koutoyer Bodden bis zur Wittower Fähre sind gänzlich zugefroren, wogegen der große Jasmunder und der Wieker Bodden ungefähr zur Hälfte noch offenes Wasser zeigen. Auch das Fahrwasser südlich von Wittower Posthaus ist größtentheils durch Eis gesperrt, namentlich die Baggerrinnen, wie z. B. Trog und bei Gellerhaken. Die Prohner Wiek trieb heute voller Schlammeis. — Seit etwa 14 Tagen sind unsere Heringsfischer eifrig bemüht, die großen Heringsreusen zum Fischen in Stand zu bringen. Mehrere derselben sollen bereits am nächsten Montag und in den darauf folgenden Tagen zum Fischen aufgepflanzt werden. Durch die nun eingetretene Witterung mußte dieses Vorhaben jedoch unterbleiben, was um so mehr Schaden für die Fischer bringt, als sich in Folge der weichen Witterung in letzterer Zeit schon Heringe in Massen unsern Küsten genähert haben bezw. in die Binnengewässer eingedrungen sind und man daher gleich zu Anfang der Saison auf lohnenden Fang rechnen dürfte.

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. Februar. Wetter: Bewölkt Temperatur 0°, Morgens — 2° Reaumur. Barometer 28" 9'". Wind: O.

Weizen matt, per 1000 Kilogr. loko 182 bis 188 gefordert, per April-Mai 189,50 bez., per Mai-Juni 190 bez., 189,75 B. u. G., per Juni-Juli 191 G.

Roggen matt, per 1000 Kilogr. loko 164 bis 168 bez., per April-Mai 166—165,25 bez., per Mai-Juni 165,50—165 bez., per Juni-Juli 165,25 B. u. G., per September-Oktober -

Gerste ohne Handel.

Hafer loko pommerscher 157—163 bez.

Rüböl steigend, per 100 Kilogr. loko o F. bei Kl. 69,50 B., per Februar 68,50 B., per April-Mai 67 B.

Spiritus matter, per 10,000 Liter % loko o. F. 70er 32,4 bez., do. 50er 52 nom., per April-Mai 70er 32,4—32,3 bez., per Mai-Juni —,—, per Juni-Juli 70er —,—, per August-September 70er 33,6 B.

Petroleum loko —,— versteuert.

Regulirungs-Preise: Weizen —. Roggen —.

Hamburg, 17. Februar, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. **Kaffee**. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Februar 84,75, per März 84,50, per Mai 84,25, per September 82,75. Behauptet.

Hamburg, 17. Februar, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. **Zuckermarkt**. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Februar 12,10, per März 12,22 1/2, per Mai 12,45, per August 12,75. — Matt.

Bremen, 17. Februar. Norddeutsche Wollkämmerei 238 G.

Bremen, 17. Februar. Aktien des Norddeutschen Lloyd 183 1/8 G.

Petroleum (Schluß-Bericht) sehr fest, Standard white loko 6,85 B.

Wien, 17. Februar, Nachm. **Getreidemarkt**. Weizen per Frühjahr 8,90 G., 8,95 B., per Herbst 8,05 G., 8,10 B. Roggen per Frühjahr 8,38 G., 8,43 B., per Mai-Juni 8,38 G., 8,43 B. Mais per Mai-Juni 5,17 G., 5,22 B., per Juli-August 5,31 G., 5,36 B. Hafer per Frühjahr 8,12 G., 8,17 B., per Herbst 6,25 G., 6,30 B.

Paris, 17. Februar, Nachmittags. (Schluß-Kours.) Tendenz: Ruhig.

		Kours v. 15
3% amortisirb. Rente	91,72 1/2	91,75
3% Rente	87,95	87,95
4 1/2% Anleihe	105,62 1/2	105,72 1/2
Italienische 5% Rente	94,30	94,25
Oesterr. Goldrente	95,00	95 7/8
4% ungar. Goldrente	88,68	88,68
.% Russen de 1880	—,—	94,00
4% Russen de 1889	93,45	93,52 1/2
4% unifiz. Egypter	478,12	478,43
4% Spanier äußere Anleihe	73 1/8	73 1/8
Convert. Türken	18,12 1/2	18,12 1/2
Türkische Loose	73,60	73,60
5% privil. Türk.-Obligationen	493,50	494,00
Franzosen	466,25	462,50
Lombarden	303,75	303,75
„ Prioritäten	318,75	318,75
Banque ottomane	537,50	535,00
„ de Paris	796,25	792,50
„ d'escompte	520,00	517,50
Crédit foncier	1307,50	1308,75
„ mobilier	450,00	440,00
Meridional-Aktien	687,50	—,—
Panama-Kanal-Aktien	65,00	62,50
„ 5% Obligationen	52,00	50,00
Rio Tinto-Aktien	397,50	395,60
Suezkanal-Aktien	2305,00	2297,50
Wechsel auf deutsche Plätze 3 Mt.	122 5/16	122 3/8
Wechsel auf London kurz	25,26 1/2	25,26 1/2
Cheque auf London	25,29	25,29
Comptoir d'Escompte 131.	632,00	632,00

Paris, 17. Februar, Nachmittags. **Rohzucker** (Anfangsbericht) 88% ruhig, loko 29,00. **Weißer Zucker** ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 34,10, per März 34,30, per März-Juni 34,60, per Mai-August 35,25.

Paris, 17. Februar, Nachmittags. **Rohzucker** (Schlußbericht) 88% ruhig, loko 29,00. **Weißer Zucker** fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 34,25, per März 34,50, per März-Juni 34,80, per Mai-August 35,50. — Morgen Feiertag.

Paris, 17. Februar, Nachmittags. **Getreidemarkt**. (Schlußbericht.) **Weizen** ruhig, per Februar 24,30, per März 24,10, per März-Juni 24,10, per Mai-August 24,10. **Roggen** ruhig, per Februar 16,25, per Mai-August 16,25. **Mehl** ruhig, per Februar 52,30, per März 52,60, per März-Juni 53,10, per Mai-August 53,75. **Rüböl** —,—. **Spiritus** ruhig, per Februar 35,25, per März 36,00, per März-April 36,25, per Mai-August 37,50. — Wetter: Bedeckt.

Morgen Feiertag.

Amsterdam, 17. Februar, Nachmittags. **Getreidemarkt**. Weizen auf Termine niedriger, per März 197, per Mai 200. **Roggen** loko geschäftslos, auf Termine niedriger, per März 144—143—142, per Mai 145—144 bis 143—142, per Oktober 138—137. **Raps** per Frühjahr —. **Rüböl** loko 39,50, per Mai 37,75, per Herbst 31,50.

Amsterdam, 17. Februar. **Java-Kaffee** good ordinary 55,50.

Amsterdam, 17. Februar, Nachmittags, 4 Uhr. **Bancazinn** 56,25.

Antwerpen, 17. Februar. Heute und morgen des Karnevals wegen kein Petroleum- und Getreidemarkt.

London, 17. Februar. 96% **Javazucker** 15,00, stetig. — **Rübenrohzucker** neue Ernte 12 1/8, stetig. Centrifugal Cuba —,—.

London, 17. Februar. **Chili-Kupfer** 48,25, per 3 Monat 48 7/8.

London, 17. Februar. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 8. bis 14. Februar: Englischer Weizen 2746, fremder 23,431, englische Gerste 1210, fremde 17,397, englische Malzgerste 18,424, fremde —, englischer Hafer 1229, fremder 54,758 Quarters. Englisches Mehl 17,438, fremdes 29,761 Sack und — Faß.

Newyork, 17. Februar. Bestand an **Weizen** 30,073,000 Bushels. do. an **Mais** 12,583,000 Bushels.

Newyork, 17. Februar. Wechsel auf London 4,83. **Petroleum** in Newyork 7,50, in Philadelphia 7,50, rohes (Marke Parkers) 7,75, Pipe line certificates per März 1 D. 05 1/8 C. **Mehl** 2 D. 50 C. **Rother Winter-Weizen** — D. 85 3/4 C. **Weizen** per laufenden Monat — D. 84 3/8 C., per März — D. 84 7/8 C., per Mai — D. 85 5/8 C. **Getreidefracht** 5 1/2. **Mais** 36. **Zucker** 5 1/16. **Schmalz** loko 6,17. **Kaffee** loko fair Rio Nr. 3 20,00. Kaffee per März ord. Rio Nr. 7 16,20. Kaffee per Mai ord. Rio Nr. 7 16,17. Weizen (Anfangs-Kours) per Mai 85 5/8.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 17. Februar. Die hier ansässigen Dampfschiffsgesellschaften haben heute die Aufforderung der Regierung erhalten, auf die neue ostafrikanische Subventionslinie zu submittiren.

Stuttgart, 17. Februar. Kommerzienrath **Karl von Hallberger**, Vorsitzender der hiesigen deutschen Verlagsanstalt, ist heute Nachmittag in Frankfurt a. M. gestorben.

Wien, 17. Februar. Nach einer Meldung der „Polit. Korr." aus **Warschau** wird das **Straßennetz** in dem Stromgebiet des **Bug** mit **Berücksichtigung auf die Festungen ergänzt**.

Nach einer Mittheilung desselben Blattes aus Sofia hat das griechische Patriarchat, im Einvernehmen mit **Stambulow**, **Photius** zum **Metropoliten in Philippopel** ernannt.

Brüssel, 17. Februar. In der Untersuchungssache wegen der **Explosion der Patronenfabrik in Antwerpen** ist von dem hiesigen Appellhofe das Strafmaß gegen den Hauptangeklagten Corvilain von 2 Jahren auf **5 Jahre 6 Monate Gefängniß** erhöht worden, ebenso sind alle den Beschädigten zugesprochenen Entschädigungen höher bemessen.

Paris, 17. Februar. Die „Republique francaise" sagt anläßlich der gestrigen Wahlresultate, dieselben seien traurig und erniedrigend für Paris. Der „Siecle" erklärt, die Wahlen hätten die Fortdauer des Bündnisses der Boulangisten und der Monarchisten dargethan. Die „Autorite" meint, Paris kehre der Regierung und der parlamentarischen Regierung den Rücken. Die „Estafette" behauptet, die Affaire Orleans führte den Boulangisten zahlreiche Stimmen zu.

London, 17. Februar. Unterhaus. Der Staatssekretär des Ackerbau-Departements Chaplin erklärte, wenn die deutsche Regierung wirksame Mittel zur Bekämpfung und Einschränkung der Maul- und Klauenseuche ergreife, so sei kein Grund vorhanden, weshalb nicht die Zulassung des schleswig-holsteinschen Viehes erwogen werden sollte; er werde die Beschränkung der Einfuhr nicht länger als nöthig aufrecht erhalten.

Privat-Depeschen der Stettiner Zeitung.

Volosca, 18. Februar. Graf **Julius Andrassy** ist heute Morgen 3 Uhr **gestorben**.

Paris, 18. Januar. Im Kohlenbecken Saint Etienne brach eine Streikbewegung aus. 400 Bergarbeiter weigerten sich gestern, wegen Entlassung von Kameraden im Schacht „Jubin" einzufahren. Die Bergleute in Villeboeuf drohen, aus gleicher Veranlassung zu streiken.